

Medienmitteilung

Chur, 09.06.2023

Massive Eingriffe durch geplante Windparkzonen der Bündner Regierung: SVP fordert sofortigen Rückzug und eine Überarbeitung des neuen kantonalen Richtplans Wind-Energie

Gestützt auf die Energiestrategie 2050 des Bundes hat die Regierung des Kantons Graubünden am 12. April 2023 ihre "Anpassungen des kantonalen Richtplans im Bereich Energie" veröffentlicht und 25 Gebiete für Windparks bestimmt. Unbeachtet von der Bevölkerung und ohne die betroffenen Gemeinden zu informieren, sind massive Eingriffe in die Landschaft und die Tier- und Pflanzenwelt mit entsprechenden Auswirkungen für die Wohnbevölkerung, den Tourismus, das Gewerbe und die Industrie geplant. Die SVP Graubünden ist schockiert und fordert die Bündner Regierung zum sofortigen Rückzug und zur kompletten Überarbeitung des neuen Richtplans in enger Abstimmung mit den Regionen und Gemeinden auf.

Am 1. Januar 2018 trat das eidgenössische Energiegesetz in Kraft, über welches das Volk am 21. Mai 2017 abstimmte. In der sogenannten "Energiestrategie 2050" des Bundes haben die Kantone den Auftrag, im kantonalen Richtplan geeignete Gebiete für die Nutzung von Windkraft auszuscheiden. Die Gemeinden sollen die Nutzungsplanfestlegungen wo nötig "zügig" vornehmen. Hintergrund ist die entsprechende Forderung des Bundesrats: Er diktiert den Ausbau der Windenergieproduktion von 4.3 TWh/Jahr. Den Kantonen wird ein "Orientierungsrahmen" für deren Beitrag vorgegeben. Für den Kanton Graubünden beträgt dieser 260-640 GWh/Jahr.

Aktuell behandelt das eidgenössische Parlament das Energie- und Stromversorgungsgesetz und das Dringliche Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten. Letzteres wird nächste Woche im Parlament verabschiedet. Beide Erlasse zielen darauf ab, den Ausbau von Windkraft schnell zu ermöglichen. Die Mittel zur Zielerreichung bedeuten Lenkung und Zwang: Enorme Bundessubventionen sowie die Beschneidung der demokratischen Rechte der Gemeinden, der Verbände und der Bündnerinnen und Bündner.

Die Regierung des Kantons Graubünden hat am 12. April 2023 ihre "Anpassungen des kantonalen Richtplans im Bereich Energie" veröffentlicht und 25 Gebiete für Windparks bestimmt, welche zusammen die vom Bund geforderten 260-640 GWh/Jahr Strom generieren sollen. Alle Windparks erfüllen die Anforderungen des Bundes als "Anlagen, deren Ausbau und Nutzung ein nationales Interesse darstellen". Damit ist die Grundlage für Enteignungen der Landbesitzer gegeben. Unbeachtet von der Öffentlichkeit und ohne die betroffenen Gemeinden

darüber zu informieren, hat die Bündner Regierung den neuen Richtplan in die Vernehmlassung bis am 30. Juni 2023 geschickt. Dabei findet eine Vernehmlassung zum ersten Mal und als Pilotprojekt elektronisch statt, und der Vernehmlassungstext inklusive aller Zusatzdokumente beträgt knapp 400 Seiten!

Für die Ausscheidung der Gebiete für Windparks hat sich die Regierung an den Kriterien genügend gute Windverhältnisse, eine vorhandene Grob-Erschliessung und genügend Platz für Windparks orientiert. Landschaftsschutz, Siedlungsnähe, Tourismus und bestehende Industrie- oder Landwirtschaftsbauten, aber auch eine bereits stattgefundene konsultative Volksabstimmung wurden ausser Acht gelassen. Ein Affront gegenüber der Bündner Bevölkerung!

Die geplanten 25 Gebiete für Windparks stellen massive Eingriffe in die Landschaft und die Tier- und Pflanzenwelt mit gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen für die Wohnbevölkerung, den Tourismus, das Gewerbe und die Industrie dar.

Die SVP Graubünden hat 7 der 25 von der Regierung vorgesehenen Windparks visualisiert (s. Beilage). So sollen Top-Tourismus-Destinationen wie Arosa, Davos und Scuol mit Windrädern verhandelt, im Val Müstair ein Windpark unmittelbar oberhalb von Lü gebaut und das obere und untere Rheintal mit Windturbinen vollgepflastert werden.

Aufgrund seiner massiven Auswirkungen dürfte die Bevölkerung vor Ort den neuen Richtplan wohl in keiner Weise unterstützen. Leider hat sie aber unter Umständen gar nichts mehr dazu zu sagen! Die Bündner Regierung erlässt nämlich den Richtplan in alleiniger Kompetenz. Sollten die Gemeinden diesen anschliessend nicht in ihren Nutzungsplänen umsetzen, so kann die Regierung sogar einzelne oder alle Nutzungspläne auch selber gleich erlassen! Sollten sich schliesslich Landeigentümer nicht bereit erklären, den Nutzungsplan umzusetzen, rechtfertigt das überwiegende nationale Interesse sogar Enteignungen. Für die betroffenen Regionen ist es deshalb entscheidend, ob und wie bereits der Richtplan der Regierung Windgebiete in ihren Regionen vorsieht. Rechtlich ist die Vernehmlassung denn auch das einzige wirksame Mittel, das den Gemeinden und der Bündner Bevölkerung gegen den Bau der Windparks sicher zur Verfügung steht!

Die SVP Graubünden ist über das Vorgehen und die Pläne der Regierung und deren Auswirkungen zutiefst schockiert. Es ist inakzeptabel, dass so massive Eingriffe beschlossen werden, ohne die regionale Situation in irgendeiner Weise einzubeziehen und die Bevölkerung durch eine transparente Kommunikation und einen Meinungs austausch einzuschliessen! Im Val Lumnezia soll sogar ein Windenergiegebiet entstehen, entgegen der ausdrücklich in einer Konsultativabstimmung geäusserten Ablehnung!

Die SVP Graubünden fordert die Regierung deshalb auf, den in die Vernehmlassung geschickten Richtplan umgehend zurückzuziehen und diesen fundiert und in enger Zusammenarbeit mit den Regionen erneut zu überarbeiten. Danach ist der Richtplan nochmals einer breiten Vernehmlassung zu unterziehen.

In einer eigens dazu lancierten Petition der SVP Graubünden (www.SVPWind.ch) hat auch die Bevölkerung die Möglichkeit, die Rückweisung und Überarbeitung des neuen Richtplans persönlich zu fordern. Mit möglichst vielen Unterschriften soll Druck auf die Regierung gemacht werden, ihren Richtplan noch einmal zu überdenken und diesen mit Rücksicht auf die Interessen des Kantons und seiner Regionen neu zu erstellen.

In der vom 12.-15. Juni 2023 stattfindenden Session des Grossen Rats wird die SVP Graubünden zudem mit einem dringlichen Vorstoss fordern, zumindest die Vernehmlassungsfrist um 3 Monate zu verlängern, so dass sich die betroffenen Gemeinden detailliert mit den Plänen in ihrer Region auseinandersetzen und äussern können. Zudem wird die SVP Graubünden in der kommenden Session einen Fraktionsauftrag einreichen, welcher einen Mindestabstand der Windkraftwerke zur nächsten Liegenschaft von mindestens 1 km vorsieht. In anderen Kantonen und im Ausland gibt es bereits solche Abstandsregeln.

Die SVP hofft, dass die Bündner Regierung nun Einsicht zum Rückzug und zur Überarbeitung der kantonalen Richtplanänderung zeigt.

Beilagen:

1. 7 Visualisierungen von Bündner Windenergiegebieten
(Die Bilder können in hoher Auflösung über folgenden Link heruntergeladen werden:
<https://www.swisstransfer.com/d/acfc5191-0b3a-4c2d-a6f2-e799f7600ec0>)
2. Dringliche Fraktionsanfrage SVP GR
3. Fraktionsauftrag SVP GR

Weitere Auskünfte erteilt:

Walter Grass
Fraktionspräsident der SVP Graubünden
☎ 079 247 85 83
✉ w.grass@bluewin.ch

Magdalena Martullo
Nationalrätin
Vizepräsidentin der SVP Graubünden
☎ 044 915 70 00
✉ magdalena@martullo-blocher.ch

Untenstehende **7 Visualisierungen von Bündner Windenergiegebieten** in hoher Auflösung können über folgenden Link heruntergeladen werden:

<https://www.swisstransfer.com/d/acfc5191-0b3a-4c2d-a6f2-e799f7600ec0>

Visualisierungen:



Windenergiegebiet Nr. 50 «Churer Alpen Arosa» (Arosa, Tschierschen-Praden)



Windenergiegebiet Nr. 44 «Jakobshorn» (Davos)



Windenergiegebiet Nr. 40 «Piz Champatsch Scuol» (Scuol)



Windenergiegebiet Nr. 4 «Rheintal Maienfeld - Malans» (Fläsch, Jenins, Landquart, Maienfeld, Malans)



Windenergiegebiet Nr. 20 «Piz Sezner - Mundaun» (Lumnezia, Obersaxen Mundaun)



Windenergiegebiet Nr. 13 «Reichenau» (Bonaduz, Domat/Ems, Tamins)



Windenergiegebiet Nr. 36 «Munt da Lü» (Val Müstair)

Fotos der Medienkonferenz der SVP Graubünden vom 9. Juni 2023:
(können über folgenden Link runtergeladen werden)

<https://www.swisstransfer.com/d/0283f388-ddcb-4fcb-96eb-84c583f487f7>





v.l.n.r.: Magdalena Martullo-Blocher (Nationalrätin SVP GR / Unternehmerin), Roman Hug (Präsident SVP GR / Grossrat / Unternehmer), Walter Grass (Fraktionspräsident SVP Graubünden / Grossrat / Landwirt)

* * * * *